

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1924

74 (8.3.1924) Abendausgabe

Badische Presse

Neue Badische Presse

Handels-Zeitung

Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Fremdenzeitung / Steuer-Anzeiger / Feld u. Garten / Reise- u. Führerzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von

Verb. Literarischer

Verlag

Dr. Walter Schneider

Verantwortlich: Für Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Schneider; für badische Politik: Dr. G. G. Schneider; für lokale Angelegenheiten u. Sport: Dr. G. G. Schneider; für Kunst: Dr. G. G. Schneider; für Literatur: Dr. G. G. Schneider; für Ober- u. Konzepte: Dr. G. G. Schneider; für die Anzeigen: Dr. G. G. Schneider; alle in Karlsruhe.

Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meißner

Fernsprecher:

Geschäftsstelle: Nr. 86.

Redaktion: Nr. 309 und 319.

Geschäftszeiten:

Städt. und Kammerhof-Edel, nachh.

Kaiserstraße und Marktplatz.

Postfach-Nr. 8859.

Dr. Schacht über die Errichtung der Golddiskontbank.

Ein rein deutsches Institut. Einzelheiten über die Geldbeschaffung. — Zweck der Bank. — Ihre Gründung bereits in wenigen Tagen.

m. Berlin, 8. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Im Haushaltsauschuss des Reichstages wurde heute die Frage der Golddiskontbank behandelt. Der Vorsitzende Dr. Fackelde (Dem.) machte darauf aufmerksam, daß ein Gesetzentwurf bis zur Stunde noch nicht vorliege und daß es dem Reichsbankpräsidenten überlassen bleiben müsse, Inhalt und Begründung zu skizzieren.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ergriff hierauf das Wort und führte aus: Die ganzen Beratungen dieser Frage drängten sich vielleicht etwas eilig zusammen, aber angesichts der Lage des Reichstages und der ganzen wirtschaftlichen und politischen Lage sei das erforderlich. Der Reichsbankpräsident betonte, daß er sich bereits unmittelbar nach seiner Ernennung zum Reichsbankpräsidenten nach London begeben habe, um dort die Verhandlungen zur Verwirklichung dieses Vorwanges aufzunehmen, der ihn seit langem beschäftigt habe und der von Grundlagern ausgeht, die der Reichsbankpräsident nunmehr näher darlegte.

Wir haben in Deutschland, so führte er aus, heute eine Papierwährung, die durch die Inflation an den Rand des Abgrundes gedrückt worden war. Wir haben sie stabilisiert in einem gewissen Umfang durch

die Ausgabe der Rentenmark.

Die Momente, daß die Rentenmark pfleglich behandelt werden muß, liegen insbesondere darin, daß die Rentenmark im wesentlichen ein auf Kredit basierendes Geld ist und infolgedessen nicht in jeder Hinsicht vermehrbar Menge verwendet werden kann, daß man also die Rentenmark nur in solcher Menge in den Markt hineingibt, daß sich ihr Umlauf dem Bedarf der Wirtschaft anschließt. Darüber hinaus haben wir in Deutschland infolge der gänzlichen Verarmung, in die wir hineingeraten sind, eine Kapital- und Kreditnot, der unbedingt abgeholfen werden muß. Die Wiederherstellung der Goldwährung ist ohne Erfüllung der Reparationsfrage nicht möglich. Ich habe niemals den Gedanken verfolgt, Deutschland seine Goldwährung aus eigener Kraft zurückzugeben, bevor nicht dieser politische Fragenkomplex geordnet ist. Ich wollte immer nur ein Goldkapital von außen oder aus sonst nicht benutzten Quellen heranziehen, um dieses der Wirtschaft zuzuführen. Diese Zuführung ist am besten möglich in Form einer Bank. Alle anderen Versuche, ausländisches Kapital in die deutsche Wirtschaft hineinzuziehen, sind fehlerhaft, abgesehen von Privatkrediten, die dieser oder jener Privatmann vom Ausland bekommen hat. Aber als Gesamtkonzeption ist niemals eine Kreditoperation gelungen außer dem bekannten deutschen niederrheinischen Finanzabkommen. Dagegen schließt die Form einer Bank, deren Goldkapital sicher im Auslande angelegt werden kann, vor jedem Risiko. Ich habe die Verhandlungen mit der Bank von England aufgenommen am 1. Januar und mit Führern in der City von London eine Reihe Besprechungen gehabt, die mir alle den Eindruck gaben, daß man in London wohl bereit sein würde, uns bei diesem Plan zu unterstützen. In diese Besprechung hinein fiel

der Zusammentritt des Expertenkomitees

in Paris am Mitte Januar. Dessen Aufgabe beschränkt sich nicht etwa darauf, die deutsche Leistungsfähigkeit abzuschätzen, sondern das Komitee war ausdrücklich von der Reparationskommission beauftragt, die deutsche Währung zu stabilisieren und Vorschläge für diese Stabilisierung zu machen. Ich wurde dann nach Paris geladen, um über diese Frage mit dem Komitee zu sprechen und habe das auch, abgesehen von der allgemeinen politischen Lage, tun müssen aus dem einfachen Grunde, weil selbstverständlich nicht zu erwarten war, daß die privaten Londoner Besprechungen irgendeinen weiteren Fortschritt nehmen würden, wenn etwa das Expertenkomitee sich dieser Frage gegenüber abfällig geäußert hätte. Nun laufen die Gedankengänge des Komitees selbstverständlich in einer anderen Richtung als meine Gedankengänge. Das Komitee wollte eine definitive Goldwährung in Deutschland schaffen und zwar, um die Herausziehung deutscher Guthaben für Reparationszwecke aus Deutschland auf eine valutarisch gesicherte Basis zu stellen. Die Ansammlung der Steuern in Deutschland sollte nicht durch Inflation bedroht sein. Mit dem Plan des Komitees ist also ein doppelter Zweck verbunden: einmal, eine definitive Goldwährung in Deutschland zu schaffen und dann für die Reparationszwecke eine Organisation zu bilden, die die Summen ansammelt, die bei bestmöglicher Gelegenheit an die Entente abgeführt werden sollten. Aus diesen Gedankengängen heraus haben die Experten meinen Plan gegenüber stets die Bedingung geäußert, daß diese meine Pläne ihre Ziele präzisieren und hindern könnten. Die wochenlangen Verhandlungen haben schließlich dahin geführt, daß der Umfang der Bank in einem gewissen Maße ziffernmäßig begrenzt wird und zwar dahin, daß das Kapital auf 200 Goldmillionen begrenzt werden soll und das Recht zur Notenausgabe auf 100 Millionen Mark. Die Reichsbank wird von dem Kapital von 200 Millionen Mark den Betrag von 100 Millionen selbst übernehmen und wird damit, daß sie von den übrigen 100 Millionen noch etwa die Hälfte erwerben wird, die Majorität des Kapitals konzentriert behalten, solange diese Golddiskontbank besteht. Diese Majorität genügt, um die erforderliche Kontrolle über die Bank auszuüben. Durch die einfache Majorität wird ferner statutarisch das Recht gegeben, auch die Bank wieder zu liquidieren, sobald

die Reichsbank es jeder Zeit in der Hand hat, die Golddiskontbank wieder zu liquidieren. Es ist vorgesehen, im Falle der Liquidation, daß das Vermögen in vorgeschriebener Weise den Aktionären wieder zugeführt wird. Jeder politische Einfluß ist von der Bank ausgeschlossen und auch selbstverständlich die Befähigung

in den Händen der Reichsbank, die ja das ganze Institut kontrolliert. Im Aufsichtsrat wie in der ganzen Verwaltung der Bank werden lediglich Deutsche sitzen. Es handelt sich also um ein rein deutsches Institut, das nach den Gesichtspunkten arbeitet, nach denen die Reichsbank gearbeitet hat.

Dadurch, daß eine besondere juristische Gesellschaft unter Kontrolle der Reichsbank hiermit errichtet ist und die Aktiven und Passiven dieses Instituts getrennt von der Reichsbank erhalten werden können, ist es möglich, auch ausländisches Kapital für dieses Unternehmen heranzuziehen. Das geschieht in folgender Weise. Ein internationales Konsortium hat sich bereits gebildet und sich bereit erklärt, der Reichsbank einen Kredit von 5 Millionen Pfund Sterling zu geben. Die Reichsbank wird dieses Geld verwenden und die Hälfte des Aktienkapitals der neuen Bank zeichnen. Ferner liegen Zusicherungen vor, die einen Rediskontkredit für die von der Golddiskontbank auszuführenden Wechsel vorzusehen, der zunächst zu beziffern ist auf 200 Millionen Goldmark. Diese Transaktion wird sich in der Weise abspielen, daß regelmäßig aus dem laufenden Geschäft des Jahres je nach Bedarf die Golddiskontbank Wechsel des ausländischen Marktes zum Rediskont gegen Dollar, Pfund Sterling und Gulden oder andere Währungen ausgibt. Ferner sind die Verhandlungen mit einem deutschen Bankkonsortium soweit gediehen, daß grundsätzlich Einkünfte darüber besteht, daß weitere 5 Millionen Pfund Sterling — und das ist die zweite Hälfte des Aktienkapitals, der Golddiskontbank, das nicht von der Reichsbank gezeichnet wird, — von

einem deutschen Konsortium übernommen werde, sobald, wenn die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für das Zustandekommen der Golddiskontbank vorliegen, wir

mit der Errichtung der Bank in wenigen Tagen rechnen dürfen. Die Golddiskontbank hat ferner das Recht, Noten auszugeben im Umfange von 100 Millionen Mark und ich rechne damit dann darauf, daß diese Noten besonders rasch verwendet werden, um die im Inlande umlaufenden ausländischen Noten, Dollarnoten, Guldennoten usw. gegen die deutschen Noten hinauszunehmen.

Die Frage, auf welche Währung diese Bank zu stellen wäre, ist im wesentlichen von praktischen Gesichtspunkten ausgehend von uns aus dahin beantwortet worden, daß es für die deutsche Wirtschaft, die im wesentlichen ihrem ganzen Geschäft nach vom Londoner Finanzmarkt abhängig ist, richtig ist, die Pfundwährung für Aktien und Noten dieser Golddiskontbank zu nehmen. Es handelt sich hierbei nicht um eine in Deutschland einzuführende neue Währung, sondern um eine Kreditbank, die mit der deutschen Währung als solcher nichts zu tun hat, sondern in einer ausländischen Währung Kredite zur Verfügung stellt. Letzten Endes ist die Einführung des Pfund Sterling eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß wir auf dem Londoner Finanzmarkt Entgegenkommen gefunden haben.

Abgeordneter Dauch (D. Vpt.) nahm mit Befriedigung davon Kenntnis, daß es sich bei der Neugründung lediglich um eine Golddiskontbank, nicht aber um eine Währungsbank handele.

Macdonalds Vorbereitungen für eine internationale Konferenz.

Sicherungsverträge. Neutralisierung aller Grenzgebiete im Umkreis von 50 Meilen.

F.H. Paris, 8. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ erzählt, daß Macdonald eine internationale Konferenz vorbereite, von der er hoffe, daß sie bald die Situation in Europa bereinigen werde. Er arbeite einen Plan aus, nach dem unter dem Schutze des Völkerbundes alle Grenzgebiete im Umkreis von 50 Meilen neutralisiert werden sollen. Außerdem soll eine Reihe von Sicherungsverträgen zwischen den führenden Völkern abgeschlossen werden. Es wird ferner erzählt, daß Macdonald, seitdem er Ministerpräsident geworden ist, seine Ansichten bezüglich Deutschland geändert hat. Er ist der „Chicago Tribune“ zufolge nun davon überzeugt, daß Deutschland seine Verpflichtungen in der Reparationsfrage gegenüber den Alliierten nicht erfüllt und daß es die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages nicht durchführt habe.

Zu der Nachricht der „Chicago Tribune“ ist zu bemerken: Auch von anderer Seite liegen vielfach Nachrichten vor, daß Macdonald eine internationale Konferenz vorbereite. Die gestrigen Londoner Abendblätter erklärten allerdings, daß nach einer Mitteilung des Foreign Office bisher nichts Bestimmtes beschlossen worden sei, daß man jedoch eine solche Konferenz erwarten könne. Deutschland solle an ihr teilnehmen. Was die Behauptung der „Chicago Tribune“ über die Anschauungen Macdonalds bezüglich der Frage der Währungsreform Deutschlands anbelangt, so ist sie nur eine Entstellung des gestern Abend ausgegebenen Reutersommunicques, das lautet:

Man erzählt in London, daß der deutsche Außenminister Dr. Stresemann die interalliierte Note wegen der Militärkontrollen in Deutschland nicht befürchte, als er vorgestern seine Reichstagsrede hielt. Man hofft, daß in dem Augenblick, in dem die Note in Berlin einetroffen sein dürfte, die Vorteile der alliierten Vorkläufe offensichtlich sein würden und daß sie eine verständlichere Haltung der Reichsregierung herbeiführen werden. Deutschland erklärt, daß es die interalliierten Bedingungen für die Abrüstung erfüllt habe. Die Alliierten waren aber im Laufe des vergangenen Jahres nicht in der Lage, eine Unterlukaung in Deutschland vorzunehmen, infolgedessen haben sie keine Mittel, um die Erfüllung der Reichsregierung nachzuprüfen. Wenn Deutschland nicht geneigt ist, das von den Alliierten ronnelschlossene Militärkomitee zu genehmigen, so könnten die Alliierten nur den schwerfälligen und vorläufigen ausfindenden ad-hoc-Organismus — die Kommission Kollat — aufrecht erhalten, die in Deutschland zu wenig populär ist.

Wie gestern Abend gemeldet worden ist, ist das aus einem englischen, einem französischen und einem belgischen Offizier bestehenden Komitee, das bereits früher in der Pfalz war, neuerlich dahin zurückgekehrt, um festzustellen, ob die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung durchführbar seien, vor allem auch ob von den Bestimmungen her keine Gefahr für Deutschland traue, welche Konsequenzen daraus resultieren könnten. Das Komitee hat sich nicht einmischen. Es wird nach seiner Rückkehr nach Coblenz der Rheinlandkommission Bericht erstatten.

Ein schwarzer Tag für Poincaré.

Poincaré hat die schlechteste Presse seit seinem Amtsantritt.

F. H. Paris, 8. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Poincaré hatte sich in seiner gestrigen Rede dieselbe Taktik aneignet, die bisher immer so gut für ihn ausgefallen war, nämlich, alle Fragen der inneren Politik mit dem Hinweis auf die Anwesenheit seiner Anwesenheit abzuwehren, hauptsächlich mit der Erklärung, das Ansehen werde erst vollkommen gerettet werden, wenn Deutschland alle seine Verpflichtungen erfüllt hätte. Diese Erklärung, die Poincaré gestern mit noch größerer Schärfe im Ton als gewöhnlich in den Saal hineingehaust hat, hat nicht nur die Bedeutung, der Kammer zu lazen, daß sie auf einen Mann nicht verzichten dürfe,

die Hände zu binden, damit er keine andere Politik betreiben darf als Poincaré. Wenn aber Poincaré geglaubt hätte, mit der seit Monaten immer wieder betonten Versicherung seiner Unabwiesbarkeit in der Ruhrpolitik den gleichen Erfolg zu haben wie bisher, so wird er heute durch die Kritik der ihm bisher ergebenen Zeitungen leicht eines anderen belehrt. Poincaré hat heute die schlechteste Presse seit seinem Amtsantritt vor 26 Monaten. Selbst das „Echo de Paris“ hätte gerne auf seine gestrige Rede verzichtet und an deren Stelle lieber eine Tat gesehen. Von Versprechungen und Hoffnungen habe das Land lange genug gelebt, so daß es Gefahr laufe, daran zu sterben. „Victoire“, das Blatt Millerands, erklärt rundweg, Poincaré sei eine nationale Gefahr geworden. Vor sechs Monaten vielleicht noch vor zwei Monaten, hätte man seine Erklärung über die Räumung des Ruhrgebiets ernst genommen, heute aber, wo das Pfund auf 113 Franken steht, seien solche Erklärungen unmöglich geworden. Der „Eclair“ sagt, die Umstände hätten eine andere Rede gefordert. Die Zuhörer hätten gewünscht, daß Poincaré sich weniger mit der Vergangenheit und mehr mit der Zukunft beschäftigte hätte. Daß die oppositionellen Blätter, namentlich André Tardieu im „Echo National“, an der Rede kein gutes Haar lassen, nimmt nicht weiter wunder. Aber wenn die „Journées Industrielles“ ihre Enttäuschung über die Rede betonen und bemerkt, daß sie dabei ein Zeichen des Umschwungs der französischen Politik erwartet hätte, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Unzufriedenheit mit Poincaré weitestgehend Kreise erfaßt hat. Noch schmerzlicher als die angeführten Presseäußerungen mutet es übrigens an, wenn die Poincaré ergebene „Britt Paris“ und „Matin“ sich jedes Urteils enthalten. Nach jahrelanger Unterstützung konnten sie dem Ministerpräsidenten nicht plötzlich untreu werden, sie konnten ihn auch nicht an einem Tage verherrlichen, an dem der Dollar 26 Franken überstiegen hatte, weil daran die Leser sich Anstoß genommen hätten.

F. H. Paris, 8. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Als Poincaré mit Maginot und Sarrao vertrat, was zu einer Unterbrechung der Sitzung geführt hatte, verbreitete sich plötzlich in Paris das Gerücht von seiner Demission. Es ist unverständlich, wie das Gerücht entstehen konnte, aber man erfährt bald, daß Poincaré nur wegen des persönlichen Zwischenfalls Beratungen mit den zwei Ministern gepflogen hatte und nicht daran denke, das Amt niederzulegen. Eine andere wichtigere Gelegenheit als die Vorgänge in der Kammer ist ihm gestern geboten gewesen; denn er hatte vom Senat gefordert, am Dienstag mit der Beratung der neuen Steuervorlage zu beginnen. In der gestrigen Senatsitzung wurde beschlossen, erst am Donnerstag wieder eine Sitzung abzuhalten. Aus dieser Haltung des Senats zog Poincaré keine Konsequenzen. Er wird aber heute vormittag vor der Finanzkommission des Senats erscheinen und möglicherweise nochmals beantragen, die Sitzung am Dienstag stattfinden zu lassen. Der Senatspräsident könnte eine solche Sitzung für Dienstag einberufen, vielleicht aber wird sich Poincaré von der Senatskommission bestimmen lassen, bis Donnerstag zu warten, damit die Kommission genügend Zeit hat die Steuervorlage durchzubearbeiten.

Beinahe eine Duellforderung.

F. H. Paris, 8. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Poincaré zeigte gestern während der Kammerführung größte Nervosität und diese entlud sich nicht nur in bitterbösen Angriffen auf alle seine Gegner, sondern beinahe in einer Duellforderung. Poincaré hatte bei der Besprechung der Rede des Abgeordneten Mandel — Poincaré hatte übrigens seinerzeit versprochen, Mandel überhaupt nicht mehr zu antworten und gestern beschäftigte er sich nach einer Statistik des „Deure“ einunddreißigmal mit ihm — auf einen Zwischenfall angespielt, nachdem Mandel bei den letzten Kammerwahlen die Unterstützung des Prinzen Napoleon erhalten hätte. Der Abgeordnete des nationalen Blocks, Le Revost de Leunan, protestierte dagegen. Poincaré glaubte, der Abgeordnete Le Revost de Leunan habe ihn einer Fehlonne beschuldigt, und hat den Kriegsminister Maginot und den Kolonialminister Sarrau, Aufklärung von Le Revost de Leunan zu erbitten. Dieser ernannte zwei Zeugen, die Poincaré die Aufklärung gaben, daß sich das Wort Fehlonne nicht auf den Ministerpräsidenten bezogen hätte. Damit gab sich Poincaré zufrieden. Der Zwischenfall wird damit als erledigt betrachtet. In Paris erregt die Erklärung großes Aufsehen und wird von den Berichtern

sende Reichsarbeit Poincarés gewertet. Die Blätter der Linken, „Deure“ und „Ere Nouvelle“, die von dem Duellanten Poincaré eine lustige Karikatur entwerfen, machen sich über die ganze Angelegenheit weidlich lustig.

Stöckung in den Arbeiten des ersten Sachverständigenausschusses.

Paris, 8. März. (Drahtbericht.) In den Arbeiten des Ersten Sachverständigenausschusses ist eine gewisse Stöckung eingetreten. Schwierigkeiten scheint besonders die Frage der Reorganisation des deutschen Eisenbahnnetzes, wie auch die näheren Voraussetzungen zur Begründung einer Goldnotenbank zu bereiten. Unter diesen Umständen ist, wie die Morgenblätter hervorheben, mit der Uebergabe des Sachverständigenberichts an die Reparationskommission nicht vor dem 25. März zu rechnen. Diese Verzögerung sei umso bedauerlicher, als sie mit einer verschärften Offensive gegen den Franco zusammenfalle. Das zweite Sachverständigenkomitee wird seine Arbeiten erst am 17. d. M. wieder aufnehmen. Dr. Schacht ist für kommenden Montag vor den Währungsausschuß geladen. Er wird in der Frage der Goldnotenbank gehört werden, besonders auch über die Möglichkeit, Deutschland vor Ablauf des Moratoriums zur Reparationszahlung zu befähigen.

Die Entente über die Militärkontrolle.

Die Note der Botschafterkonferenz über die interalliierte Militärkontrolle, die wie wir gemeldet haben, am Donnerstag in Paris dem dortigen deutschen Botschafter von Hoefel überreicht worden ist, ist am Freitag in Berlin eingegangen. Ihren wesentlichsten Inhalt konnten wir unter Lesern bereits in unserer Donnerstag-Abendausgabe nach Berichten Pariser Blätter mitteilen. Ergänzend wollen wir aus dem Wortlaut der Note noch folgende Sätze hervorheben:

Da die alliierten Regierungen glauben, auf ein Mißverständnis hinweisen zu können, gibt die Note eine ausführliche Darlegung vom Standpunkt der Alliierten über die politischen und rechtlichen Fragen, die in der deutschen Note vom 9. Januar aufgeworfen sind. Die alliierten Regierungen nehmen mit Genugtuung von der Verpflichtung Kenntnis, welche die deutsche Regierung hinsichtlich der Mitwirkung bei der Durchführung der bekannten fünf Punkte übernimmt. Es wird angedeutet, daß die deutsche Regierung unerschütterlich den Forderungen der Kontrollkommission vom 18. Dezember vorigen Jahres auf Vornahme gewisser gesetzgeberischer und administrativer Maßnahmen, sowie Uebergabe gewisser Urkunden entspricht. Auf der anderen Seite wird mit Beharrlichkeit festgestellt, daß die deutsche Regierung anzunehmen ist, die alliierten Regierungen sehen die Aufgabe der Kontrollkommissionen, abgesehen von den fünf Punkten, als beendet an. Die Alliierten hätten lediglich einen Generalvergleich vorgeschlagen in der Hoffnung, die Zurückziehung der Kommissionen dadurch zu beschleunigen und die Lasten der Kontrolloperationen zu erleichtern. Der Generalausgleich, der die schnelle Durchführung der fünf genannten, den Alliierten besonders wichtig erscheinenden Punkte vorsieht, und die Gegenleistung die Zurückziehung der Kontrollkommission, sei von der deutschen Regierung niemals angenommen worden. Das Recht der Alliierten zur Fortsetzung der Kontrolle bestehe daher ganz ohne Einschränkung weiter. Die alliierten Regierungen sind immer noch von dem Wunsch besetzt, die Kontrolllasten zu erleichtern. Aus dem Ausfall der Kontrolle während des größten Teils des Jahres 1923 folge aber, daß in der Durchführung der Kontrolle seit dem 29. September 1923 tatsächlich kein Fortschritt erzielt sei. Die alliierten Regierungen akzeptieren mit Genugtuung die Versicherung, daß die deutsche Regierung die militärischen Vertragsklauseln in ihrer Gesamtheit auszuführen gewillt sei. Diese müße aber durch eine unmittelbare Nachprüfung durch die Kontrollkommissionen bestätigt werden. Die alliierten Regierungen schlagen daher vor: Bestätigung der Aufgaben der Kommission auf die fünf Punkte und spätere Schaffung eines Garantiefomitees oder anderer Organe mit gleichen Aufgaben, das anstelle der Kommission eingesetzt werden würde, sobald diese sich davon überzeugt hat, daß die Durchführung der fünf Punkte soweit fortgeschritten ist, daß die endgültige Regelung gesichert erscheint. Das Angebot wird unter Vorbehalt gemacht, die im wesentlichen die unbehinderte Durchführung der erforderlichen Befestigungen fordern. Der Vergleich würde der deutschen Regierung die Perspektive eröffnen, auf eine baldige Zurückziehung der Kommission und ihre Ersetzung durch ein Garantiefomitee und dann durch den aufgrund des Artikels 213 des Versailler Vertrags handelnden Völkerversammler. Die alliierten Regierungen legen Wert auf eine baldige Antwort.

Paris, 8. März. (Drahtbericht.) Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, war während der gestrigen Sitzung des Obersten Kriegsrates im Eisee auch die Frage der interalliierten Militärkontrolle zur Sprache gekommen. General Nollet, der zur Berichtstattung an Versailles noch vor einigen Tagen in Paris eingetroffen war, wohnte der Sitzung bei.

England und der Frankensurz.

London, 8. März. Der Frankensurz erregt hier großes Aufsehen. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: Der Ernst der Lage wird von der französischen Kammer und dem Parlament und von der Öffentlichkeit erkannt. Dem Citredakteur des „Daily Express“ zufolge wurde gestern hier erwartet, daß der Franken weiter unten werde.

Die englische Luftschiffahrt.

London, 8. März. Das Budget für die Luftschiffahrt beläuft sich auf 14½ Millionen Pfund Sterling, was eine Vermehrung von 2½ Millionen Pfund Sterling gegen das Vorjahr bedeutet. Es sollen acht neue Verteilungsgeschwader aufgestellt werden, wodurch die gesamte Zahl von Geschwadern auf 18 erhöht werden würde. Für weitere sechs Geschwader die in den Jahren 1925—1926 aufgestellt werden sollen, wird das Material angeschafft werden. Das Personal wird von 2000 auf 3000 Mann erhöht werden.

Das Scheibenschlagen am Funkenstag im badischen Oberland.

Von Otto Teichmann.

Der am ersten Sonntag nach Fastnacht auf der Fahrt ins badische Oberland begriffen ist und sich in den Abendstunden der „Perle des Rheingaus“, der Münsterstadt Freiburg nähert, oder darüber hinaus nach Basel fährt, steht vor den nahen Bergen des Schwarzwaldes mächtig Feuer zum Nachthimmel lohen. Es sind dies die Funkenfeuer, wie sie im Land der Alemannen von altersher an diesem Sonntag von der Jugend angezündet werden. An einigen wenigen Orten wird dafür auch ein späterer Sonntag gewählt, allgemein ist jener Tag aber unter dem Namen „der Funkensonntag“ oder kurz Funkenstag bekannt. In den flammenden Holzstößen bringt das junge Volk vieredrige bühnen Holzschleiden zum Glühen, die an lange Faleigerten gesteckt sind. Durch Aufschlagen auf ein trag gekelltes Brett, die Scheibenbank, werden die glühenden Scheiben in die Luft geschleudert. Dabei wird der Name der Person ausgerufen, zu deren Ehren die Scheibe geschlagen wurde.

Schibo Schibo

Wem soll die Schibe geh?

Dem (oder der) soll die Schibe geh!

Je weiter und höher der feurige Bogen, in welchem die glühende Scheibe in leuchtendem Bogen durchs nächtliche Dunkel steigt, desto ehrenvoller für die Person, welcher die Scheibe gewidmet war.

Das ist der wichtigste Brauch des Scheibenschlagens, wie er von Tirol nach Südbaden eingewandert und schon durch eine chronische Anwesenheit, aus dem Jahre 1090 bezeugt ist. Die Zeremonie gilt hauptsächlich „dem Wiberolt zu Ehr und Gott“, unter dem Namen der Dreifaltigkeit, des Herrn Pfarrers oder Herrn Lehrers an der langen Faleigerte geschwungen wie andere — die meisten — unter dem Namen eines Mädchens Kleine Perle und Sprüche erhören die Luftbarkeit wesentlich, so wenn man (nach Meyers trefflicher „badischer Volkskunde“) im Hagenwalde der Scheibe nachsuchte.

D'chida liegt über da Rai ab,

Chuchipfanna hat a Bai ab,

Da Anschibe hat da Haba ab.

Neue Schwierigkeiten in Brüssel.

Abbruch der Verhandlungen durch Theunis.

Paris, 8. März. Nach einer Meldung aus Brüssel löst die Bildung des Kabinetts Theunis auf Schwierigkeiten. Nach einer Meldung des „Matin“ brach Theunis vorläufig die Verhandlungen ab.

Lohnverhandlungen im englischen Kohlen-Bergbau.

London, 8. März. (Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Bergarbeiter und Grubenbesitzer sind gestern fortgesetzt worden. Nahezu acht Stunden wurde über die Revision des nationalen Lohnabkommens verhandelt. Von den Vertretern der Grubenbesitzer wurde umfangreiches statistisches Material über die in den einzelnen Kohlengruben erzielten Gewinne mitgeteilt. Die Grubenbesitzer sind grundsätzlich einer Neuregelung der Gewinnaufteilung nicht abgeneigt obwohl sie geltend machen, daß von den Einnahmen und Ueberflüssen eine längere Zeitperiode gezehrt werden müsse. Im vergangenen Jahr hätten die Ueberflüsse diejenigen von 1922 bei weitem übertraffen. Die Bergleute beanspruchten bekanntlich einen größeren Prozentsatz, als ihn die Arbeitgeber aussetzen wollen. Die Verhandlungen werden heute früh 10 Uhr fortgesetzt. Der Bergwerksminister Schinnwell hat in den Gang der Verhandlungen bisher nicht eingegriffen.

Ausstand im oberelsässischen Kaligebiet.

Strasbourg, 8. März. Im oberelsässischen Kaligebiet ist infolge Lohnforderungen auf zwei Schächten bei Grafsweilerbrunn und auf zwei Schächten bei Wittelsheim die Arbeiterschaft in den Streik getreten. Die Ausstandsaktion dürfte sich zweifellos auch auf die anderen Kaligruben ausdehnen.

Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei.

Bombay, 8. März. Gestern kam es zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen streikenden Baumwollspinnern und Polizeibeamten. Mehrfach wurden von den Streikenden Plünderungen vorgenommen, so daß Militär aufgeboten werden mußte. Die Behörde ist Herrin der Lage.

Die Reparationszahlungen für Südslawien.

Belgrad, 8. März. (Drahtbericht.) Gestern nachmittag wurde im Außenamt die deutsch-südslawische Vereinbarung über die Fortsetzung der Reparationsleistungen durch die Hauptdelegierten der beiden Staaten, Runke und Ruzars, die von ihren Regierungen die nötigen Vollmachten erhalten hatten, unterzeichnet.

Italien und Rußland.

Rom, 7. März. Heute nachmittag wurde in dem Palais Ciala die Ratifizierungsurkunde des Wirtschafts- und Schiffsabkommens und der Zollkonvention zwischen Italien und der Sowjetrepublik ausgetauscht. Mussolini und Jordanaki unterzeichneten das entsprechende Protokoll.

Erfolgreicher Angriff der Spanier.

Paris, 8. März. (Drahtbericht.) Nach einer Hasademeldung aus Madrid haben die Spanier Vizcaya durch einen Balonettangriff wieder erobert. Die Spanier sollen den Ausständischen schwere Verluste zugefügt haben.

Die Lage in Ludwigshafen.

Mißhandlung von Polizeibeamten.

Ludwigshafen, 8. März. (Drahtbericht.) Im allgemeinen ist die vergangene Nacht in Ludwigshafen ruhig verlaufen, wenigstens kam es nicht zu großen Ansammlungen von Streikenden. Ein schwerer Angriff wurde gestern abend um 9 Uhr auf einen Polizeikommissar verübt, der von einer Anzahl junger Menschen von der Straßenbahn heruntergeholt, niedergeschlagen und bewußtlos liegen gelassen wurde. Wie von Augenzeugen berichtet wird, wurde auf den auf der Straßenbahn stehenden älteren Beamten in der Gellertstraße von jungen Menschen geschossen, worauf diese, zum Teil in Hemdsärmeln, in den Wagen eintrangen, den Zusammenstoß herbeiführten und ihm noch Messerstücke beibrachten. Die brutalen Elemente sollen teilweise bei den Separatisten eine gewisse Rolle gespielt haben. Der Beamte wurde mit einer Kopfverletzung und zwei Messerstichen in das Krankenhaus eingeliefert. Ein weiterer Polizeibeamter wurde von den Streikenden vor seiner Wohnung niedergeschlagen, während andere sich nur mit Mühe einem ähnlichen Schicksal entziehen konnten. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß es auch heute wieder zu Ansammlungen vor dem Fabrikgebäude kommen wird.

Mißr. Teils Arbeit in der Pfalz.

O. Speyer, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Pfälzer Zeitung“ meldet: Die Tätigkeit des päpstlichen Legaten in der Pfalz beginnt Früchte zu tragen. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist es seinem Eintreten zu verdanken, daß eine Reihe von Eisenbahnbeamten, ein Polizeibeamter, ein Kommerzienrat und mehrere andere Persönlichkeiten, die während des passiven Widerstandes ausgewiesen waren, zurückkehren konnten. Auf mehrere Entlassungen von Gefangenen aus den Gefängnissen Landau, Speyer und Zweibrücken sind auf die Verwendung des päpstlichen Delegierten zurückzuführen. Dieser leistet seine Arbeiten für die Pfalz von Essen aus seinem derzeitigen Wohnsitz, fort.

Neues französisches Kriegsgerichtsurteil.

Essen, 8. März. Das französische Kriegsgericht verurteilte den Verleger der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, Dr. Reichmann-Crone zu einem Monat Gefängnis und einer Geldstrafe von 1000 Goldmark. In der „Rhein-Westf. Ztg.“ war ein Artikel erschienen, in dem auseinandergesetzt wurde, daß der zwischen der Pöbörgruppe und der Alcum abgeschlossene Vertrag von der Industrie nicht erfüllt werden könnte.

Dieses Scheiben- oder Funkenfest ist eine Begrüßung des neuwachenden Frühlings und galt der Sonne, die wieder lebendiger ihre warmen Strahlen herabsenden beginnt. Es ist selbstverständlich, daß ein Gebrauch, der aus so alter Zeit stammt und sich nur auf mündliche Ueberlieferung und nachahmende Ausübung stützt, nicht überall mehr gleichmäßig gefeiert wird. Aber wenn auch hier und da sich kleine Unterschiede finden, die große Begeisterung und das hohe Festhalten an diesem schönen Brauch ist überall gleich und überrascht jeden, der ihn zum erstenmale erlebt.

In manchen Gegenden findet nach dem Abtrennen des Funken am Funkenfesttag noch eine kleine Bewirtung der Burschen im Hause jener Mädchen statt, denen sie Scheiben schlugen, so auch zu neuer Zeit in Segau, wo sie dann noch das etwas modern angehauchte Lied singen:

Wir stehn auf hohen Bergen
Wo große Funken fahren
Wir gehen vor die Häuser,
Wo schöne Jungfern waren,
Der Vater mit dem Krüglein,
Der holt in Keller Wein,
Die Mutter mit dem Körblein
Die holt die Küchlein rein,
Die Tochter mit ihren schwarzbraunen Haaren
Die denkt in ihrem Sinn:
„Die Küchlein muß man sparen,
Die Nacht ist noch nicht hin!“

Das zu dem Scheibenschlagen benötigte Holz wird von der Jugend schon die ganze Woche vorher von Haus zu Haus gesammelt und gern gibt man den Knochen abgängiges Holz aller Art, alte Häser, Körbe, Pretter und Balken und vielfach wird auch der Tannenbaum von dem Weihnachtsfest her zu dem Zweck verwendet. Im Elsaß (so z. B. in Sundgau) wird das Holz vielfach auch von den „Konstrits“, welche sich bei der nächsten Musterung stellen müssen, gesammelt, wobei in der Regel das Lied gesungen wird:

„Sträuß Fräuch alte Frau,
Stengel oder Bengel
Streuß Fräuch alte Frau,
Stengel oder Bengel“

Eine Rede Stresemanns in Braunschweig.

Braunschweig, 8. März. (Drahtbericht.) Auf dem Landesparteitag der Deutschen Volkspartei sprach Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die politische Lage. Dr. Stresemann befaßte sich im Einzelnen mit der Politik seiner Regierung, um sich gegen die vielen Angriffe seit Bestehen seiner Kanzlerschaft zu verteidigen. Er gab im Einzelnen ein Bild von den Leistungen seiner Regierung seit dem Sturz Cunos und sagte: Alle unsere Maßnahmen standen unter dem Gesichtspunkt, den Staat zu erhalten. Die Tatsache des verlorenen Kriegs haben wir anzuerkennen. Die Frage sei, was kann geschehen, um den ungeheuren Druck von Außen zu mindern. Wir dürfen uns nicht in Illusionen ergehen angesichts der Tatsache, daß wir wehr- und waffenlos sind. Wir können uns nicht auf Macht mittel stützen, die uns de facto nicht zur Verfügung stehen. Dr. Stresemann hat gewiß Recht, wenn er sagt, wir stehen vor einem neuen Versailles. Alles, was in der Pfalz, an Rhein und Ruhr geschieht und geschieht ist, geht über den Versaillesvertrag hinaus. Ich muß auf dem Standpunkt beharren, den Vertrag zu erfüllen, soweit Deutschland die Vorarbeiten erfüllen kann. Aber ich lehne es ab, das anzuerkennen, was über den Vertrag hinausgeht. Große Worte helfen uns herzlich wenig über die Schwäche unserer Position hinaus. Wir haben jetzt nur eine Aufgabe: nämlich prunklos und nüchtern uns wieder in ein parlamentarisches Leben aus der bittersten Not. Ich weiß sehr wohl, daß eine Verständigung mit unseren Bedrückern sehr schwierig ist, aber ich weiß auch, daß wir untergehen, wenn wir zu keiner Verständigung kommen. Jeder, der einst an meiner Stelle steht, wird den Weg der Verständigung suchen müssen und jeden Silberstreifen am politischen Horizont zu begrüßen haben. Wir können auf keinen Fall das tun, was man vielfach als äußerste Konsequenz zu bezeichnen pflegt. Auch wenn es gelingen sollte, werden wir dennoch schwere Lasten zu tragen haben. Wir werden uns vor allem auf eine Geschäftskontrolle einstellen müssen. Unerträglich wäre allerdings eine politische Kontrolle. Die Lösung der Reparationsfrage muß zur Voraussetzung haben ein ungeteiltes Deutschland.

Dr. Stresemann kam dann auf die Kriegsschuldfrage zu sprechen und betonte noch einmal: Ich werde niemals meinen Namen unter einen Vertrag setzen, der von einer Kriegsschuld Deutschlands spricht. Unser Ideal ist die nationale Volksgemeinschaft. Dr. Stresemann verwahrte sich dann gegen den Vorwurf eines marxistischen Kabinetts. Er nimmt Stellung zu den Angriffen Ludendorfs auf den Vorkrieg, um zu betonen, daß der Vorkrieg unendlich viel Gutes und Großes zum Vorschein gebracht habe. Der Außenminister kennzeichnet die Novemberorgane in München als antinational und brandmarkt das Verhalten Cunos. Dann wendet sich der Minister den großen Problemen der Wirtschaft und Währung zu und meint: Die Rentenmark ist von denen geschaffen worden, die dafür gesorgt haben, daß unser Staatsbankrott nicht mehr Ausgaben aufweist, als Einnahmen vorhanden sind. Wir sind gewiß brutal vor gegangen, wenn wir an den Beamtenabbau und viele andere Maßnahmen denken, die sehr einschneidender Natur waren. Aber es half nichts anderes und ich bin der Meinung, daß wir von diesem Standpunkt nicht abgehen können, um zu einer vollständigen Gesundung zu gelangen. National sein heißt Opfer zu bringen! Wir müssen ein einiges Volk werden, ein Volk, das zu einem Gedanken kommt, nämlich zu dem der großen Volksgemeinschaft.

Nach der Rede des Außenministers erhob sich hater Räumlicher Beifall. Stehend wurde das Deutschlandlied gesungen.

Der verbannte Kalif.

Montreux, 8. März. Der Kalif ist gestern aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Konstantinopel, 8. März. Alle männlichen Mitglieder der kaiserlichen Familie sind mit entsprechenden Anwesenheiten der Anoraregierung von hier abgereist. Die zurückgebliebenen weiblichen Mitglieder sind auf-fordert worden, am Montag abzureisen.

Jogal - Tabletten

hervorragend bewährt bei

Sicht-,
Rheuma,
Ischias,
Nervenschmerzen,
Hergenschuß,
Kopfschmerzen.

Die große Beliebtheit des Jogal beruht auf den vielen ausgezeichneten Erfolgen, die zahlreiche Ärzte und Kliniken damit erzielt. Jogal scheidet stark die Harnsäure aus, geht also direkt zur Wurzel des Übels. Die Wirkung tritt unmittelbar ein, die Schmerzen werden behoben und auch Schlaflosigkeit wird erfolgreich mit Jogal bekämpft. In all Apoth. Best. 64,3% Acid, aoc. salic., 0,60%, Chinin, 12,6%, Lit., ad 100 Amyl.

Freikarlen nach Amerika

Die Freikarlen nach Amerika werden in einer besonderen neu eingerichteten Abteilung der White Star Line und American Line, Hamburg, Alsterdamm 39, bearbeitet. Diese Abteilung erfüllt vollständig alle Bedürfnisse der Auswanderer. Wenn jemand Bekannte oder Verwandte in Amerika besuchen will, welche für ihn die Ueberfahrt besorgen, so kann er die genaue Adresse an die oben genannte Abteilung einreichen und diese wird sich bemühen, Schiffsstärke und Ueberfahrtskosten aus dem freigestellten zu befragen, ohne daß dem Betroffenen Kosten dadurch erwachsen. Die American-Line ist in Karlsruhe i. B. durch Hermann Weitz, Kaiserstr. Nr. 141, Gte Markt, Fernsprecher Nr. 450, vertreten.

Alt und Jung zieht dann hinaus zum Faschnachtsfeuer, wofür frohes Jauchzen und Singen ertönt und zu dem vielfach auch die „Konstrits“ mit Musik und Fährne erscheinen und einen Reigen um rings um das Feuer aufzuführen. Die Altstehen dann während des Scheibenschlagens um's Feuer herum, kennen sich am Treiben der Jugend und erzählen von längst vergangener Zeit, wo auch sie ebenso toll mitgemacht haben. Noch mancherlei andere Geräusche sind im Elsaß mit dem Faschnachtsfeuer verbunden, so werden aus dem Niederbrennen derselben, dem Zuge des Feuers nach dieser oder jener Richtung allerlei Schlüsse gezogen, sei es auf fernere Lebensschicksale, sei es auf Witterungsverhältnisse und Fruchtbarkeit des Jahres. So sagt z. B. eine derartige Regel: „Wenn beim Faschnachtsfeuer der Südwind bläst, so gibt es viel Heu, bläst aber der Nordwind, so jagt er das Heu in die Schweiz. Nach dem Abtrennen des Faschnachtsfeuers wird unter Sang und Klang der Heimgänge getreten, wo zu Hause der Faschnachtsmann bereit steht, der dem obligate Faschnachtslücke nicht fehlen dürfen.

Wie schon bemerkt, ist der Funkenstag nur bei den Alemannen gebräuchlich, aber nicht nur im badischen Oberland und im Elsaß, sondern auch in der östlichen Schweiz, an den Gestaden des Bodensees bis in die Borberge der Allgäuer Alpen hinein, wo immer Alemannen wohnen. Der Stamm der Franken feiert dafür den sogenannten „Sommerstag“, den ersten Sonntag im März, durch eine nicht minder volkstümliche Darstellung desselben Kampfes zwischen Sommer und Winter, nur in anderer Form. Die jugendlichen Teilnehmer des „Sommerstages“ ziehen durch die Straßen der Städte und Dörfer, indem ein Teil sich in grünes Tannenzweig verkleidet, der andere in eine Verhüllung mit Stroh. Ertere stellen den Sommer dar, letztere den Winter. Hier sind das hergelachte Badewort des Tages nicht die „Küchlein“, sondern die „Sommerheizen“. Aber auch die Bräuel ist wie die Funkenheizen der Alemannen ein Bild der Sonne, denn das Vorbild der Bräuel ist ein Rad mit vier Speichen und die Sommerheizen wurde bei den Alten als Rad gedacht.

Der Ursprung all dieser Faschnacht-, Ost- und Sommerabendfeuer weist in die graue Vorzeit erwachsender Kultur. Täglich haben jene frühen Menschen den Feuerball in Ofen aufsteigend und Licht und Wärme spendend am Tageshimmel seine Bahn vollendet. Dies

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 8. März 1924.

Forderungen zur Behebung der Bauhäufigkeit.

Es fehlen zur Zeit nicht weniger als 2500 Wohnungen in Karlsruhe. Zeigt, da der Frost aus der Erde weicht, sollten überall Baugruben ausgehoben werden und die Bautätigkeit beginnen. Staat und Gemeinde vermögen die Wohnungsnot nicht zu heben. Der privaten Baulust sind aber schwere Fesseln angelegt durch die Wohnungszwangswirtschaft, dem Kapital, soweit noch solches vorhanden ist, fehlt das Vertrauen, sich aus sicherem Verstand hervorzuwagen und sich in Zinshäusern, die keinen Zins bringen, festzulegen. An dieser Todesstarre des Baugewerbes versuchte die Wirtschaftliche Bürgervereinerung ein wenig zu rütteln in einer Versammlung, die Freitagabend unter der Leitung des Herrn Obergeringenieur Steinwartz im „Löwenrathen“ tagte. Der Besuch hätte für den großen Saal stürker sein dürfen; man sah manchen, der nicht da war. Architekt Willert schilderte in kräftigen Worten den Notstand. Es fehlt an Wohnungen. Die neugebauten Hofenställe, die vor einem kräftigen Windhauch umfallen, sind keine Abhilfe. Wir brauchen Ausbau der alten, soliden niedrigen Häuser und große geschlossene Neubauten. Die Regierung steht zu, die Parteien haben das Elend schaffen helfen, und verzagen jetzt, da die Folgen der überreizten Experimente eintreten. Die amtlichen Stellen sollen Baugelände und Baustoffe zu billigen Preisen ablassen, der Preistreiber der Kartelle und Syndikate entgegenwirken, durch Bürgschaftsübernahme für erste Hypotheken, feuerliche Erleichterung, Stadtermäßigung, Vereinfachung und Beschleunigung des baupolizeilichen Verfahrens und weitestehes Entgegenkommen auf allen Büros den Baulustigen in die Hände arbeiten. Bauen muß wieder eine staatlich geschützte Kapitalanlage bedeuten. Das Wohnungsamt, das jetzt schon die Wohnungsuchenden den privaten Vermittlungsstellen zuweist, ist abzuhauen. Wiederaufnahme der Kantätigkeit wäre die beste Erwerbslosenfürsorge. Landgerichtsrat Dr. Fromberg begründete diese Forderungen von der rechtlichen Seite. Die Bevormundung des Wirtschaftslebens hat Fiasco gemacht und muß aufhören. Dagegen hat der Staat das Vertrauen in der Sicherheit seiner Einrichtungen wieder zu suchen. Wir brauchen ein Reichsgesetz, wonach das Reichsniemtegesetz am 1. Oktober d. Js., das Mieterschutzgesetz und die Wohnungsmangelbekanntmachung längstens zu Neujahr 1925 außer Kraft treten. Mit dem 1. Oktober müssen die Mieten wieder auf Friedensfuß stehen, die Beamtengehälter und Arbeitslöhne entsprechend aufgebessert sein. Ein Zuschuß sozialer Deles darf nie mehr fehlen, muß aber nach allen Seiten gerecht verteilt werden. In der Aussprache ergab noch manche bittere und selber zutreffende Klage über die Erdrosselung des Mittelstandes, manche gute Anregung. Zum Schluß nahm die Versammlung eine den Ausführungen der Redner entsprechende Resolution einstimmig an.

!! Gegen die Ausübung durch Beamte hat der Minister der Finanzen unter 3. März d. J. einen scharfen Erlass herausgegeben und zugleich Richtlinien beigegeben, die im allgemeinen jenen des vom Reichsminister des Innern aufgestellten entsprechen. Darnach wird den Beamten mit sofortiger Wirkung das Ausüben gegen Entgelt definitiv verboten; nur ausnahmsweise kann das Ausüben von Beamten in Uniform gestattet werden, im äußersten Falle auf ein Jahr, und da auch nur, wo dadurch dem Ansehen des Berufsbeamten in keiner Weise geschadet oder der Dienst nicht benachteiligt wird.

Freie Durchreise durch die Schweiz. Der schweizerische Bundesrat hat zur Erleichterung des Durchgangsverkehrs durch die Schweiz die bisher erhobene Gebühr von 1 Franc für den Durchreisepass vermerkt aufgehoben; die Aufhebung dieser Gebühr gilt für sämtliche Ausländer ohne Ausnahme, gleichgültig, ob das Visum von einem Konsulat oder an der Grenze erteilt wird. Allerdings wird das Durchreisepass nur erteilt, wenn das Einreisepass des Ziel-

landes vorgewiesen werden kann; denn das Transitvisum berechtigt lediglich zur Durchreise durch die Schweiz, ohne Aufenthalt.

Weitere enttäuschte Auswanderer. Vor einigen Monaten ist eine Gruppe von Württembergern, meist aus Ulm, nach Peru ausgewandert. Laut Nachrichten die nun von ihnen eingetroffen sind, haben sie in Peru nicht das gefunden, was sie erwarteten. Der Pastor der deutschen evangelischen Gemeinde in Lima und Callao warnt in einem an einen Geistlichen in Ulm gerichteten Schreiben ernstlich vor einer Auswanderung nach dem Innern von Peru. Er schreibt: „Sind auch Gegenwart und Zukunft in Deutschland dunkel, noch viel trauriger ist das Schicksal, das den deutschen Auswanderer und seine Angehörigen im Innern Perus erwartet. Dieses ist noch ohne genügend Verbindung mit der Küste und eignet sich daher nicht zum Kolonisieren. Eine Kommission von deutschen Sachverständigen hat dies festgestellt. Mehrere von Engländern, Amerikanern und Ungarn gemachte Kolonisationsversuche sind wegen Mangels an Wegen und Verkehrslinien täglich gescheitert. In jedem Fall einer beabsichtigten Auswanderung sollten die offiziellen Auskunftsstellen in Peru: die Gesandtschaft, die deutschen Konsulate z. B. in Lima und Callao, um Rat gefragt werden. Wer trotz Warnung sich zur Auswanderung nach Peru verleiht, hat es schwer zu hängen und wird es bitter bereuen, wenn er bei seiner Ankunft im fremden Lande allein steht, denn die kleinen deutschen Kolonien in Lima und Callao sind nicht in der Lage, wirksam zu helfen.“

ha. Nur noch 37 Prozent des Friedensgeldes. Das umlaufende Geld hatte im Deutschen Reich 1913 einen Wert von 6070 Millionen Goldmark. Infolge des Währungszerfalls war dieser Wert am 31. Oktober d. J. auf 300 Millionen oder 4,95 Prozent zusammengesunken. Die wertbeständigen Zahlungsmittel steigerten den Betrag bis Ende November bereits auf mehr als das Fünffache, 1584,7 Millionen oder 26,11 Prozent des Friedensbetrages. Bis zum 31. Dezember ging die Verbesserung weiter auf 2273,6 Millionen oder 37,46 Prozent von einst. Seitdem sind diese Zahlen fast gleich geblieben. Nach Schwankungen betrug der Satz am 31. Januar 37,52 Prozent. Gleichzeitig ist eine Bereinigung des Geldumlaufs eingetreten: das Fageld der Reichsbahn verminderte sich um 44,4 Millionen, vom Goldanleihenposten wurden 8,7 Millionen aufgerufen. Goldanleiheflüsse stießen zurück. Bedenklich ist, daß immer noch der weitaus größte Teil der Zahlungsmittel einer Kreditgewährung an das Reich entstammt, also staatliches Geld darstellt und nur ein geringer Teil auf einer Kreditgewährung an die Privatwirtschaft beruht. Doch ist der Anteil des letzteren im Januar von 15 auf 26 Prozent gestiegen.

Wiederaufnahme des Postüberweisungsverkehrs mit Danzig. Vom 10. März an wird der Postüberweisungsverkehr mit Danzig in beiden Richtungen wieder aufgenommen werden. Demgemäß können Postcheckkonten Beträge von ihrem Postcheckkonto in Deutschland auf ein Postcheckkonto beim Postcheckamt in Danzig und umgekehrt Postcheckkonten beim Postcheckamt in Danzig Beträge auf Postcheckkonten in Deutschland überweisen.

Im Tode des Ertrinkens errettet wurde am Dienstag im Merordbad ein Student durch die rasche Entschlossenheit des Badeleiters Eduard Müller. Seinen angelegentlichsten Wiederbelebungsversuchen gelang es, den jungen Mann zum Leben zurückzuführen, wofür ihm höchste Anerkennung gebührt.

Unfälle. Am 5. März fiel eine Leiter, auf welcher ein verheirateter Zimmermann aus Hagsfeld stand, um in einem Anwesen der Litzstraße ein Dach zu reparieren, um was zur Folge hatte, daß der Zimmermann aus einer Höhe von 5 Meter abstürzte und sich eine Rippenverletzung zuzog. Der Verletzte fand Aufnahme im Städtischen Krankenhaus. — Zur Anzeige gelangte ein Händler von hier, der Fahrradteile verschiedener Fabrikate zusammensetzte, das Fahrrad mit dem Markenschilde einer bekannten Fahrradfabrik versah und in den Verkehr brachte.

Gestohlen wurden in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag aus einer Lagerhalle in der Zimmerstraße ein Doppelzentner Weißmehl und ein Zentner Gerste durch unbekannte Täter.

Verhaftungen wurden: ein Maschinenarbeiter von hier wegen Abtreibung, ein Monteur von Darleiden, der einer Anzahl Leute versprochen, Kohlen zu liefern und sich Anzahlungen erschwindelte, ferner 11 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Augenbund für Christliches Christentum Karlsruhe I und II, e. V. Die blessed Erbsparbuben feiern morgen, Sonntag, den

9. März, ihr 2. Jahresfest. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst in der Christkirche. Nachm. 3 Uhr Versammlung im „Eintrachsaal“ und abends 8 Uhr Jugendfest ebenfalls dort. Anschließend finden dann vom 10.-23. März in der evangel. Stadtkirche Evangelisationsvorträge statt; gehalten von Herrn Heilemann G. Kruppa (Christliche Zeitschrift). (Siehe Anz.).

Stimmen aus dem Publikum.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Schuldige Kraftfahrer oder allgemein lebende Straßenschilder.

Man schreibt uns: In letzter Zeit werden in Karlsruhe beinahe täglich Personen von Automobilen oder Kraftwagen angefahren und verletzt. Die Schuld? Natürlich der verd. Kraftfahrer! Was wahr? Und wenn ich nun diese in Bezug nehme? — Bestimmt, daß von einzelnen Leuten im Stadtgebiet zu rasch gefahren wird, doch gegen diese Kraftfahrer geht die Schutzmannschaft, wie ich mich selbst schon überzeugen konnte, ziemlich langsam vor. — Aber von Seiten des lebenden Publikums wird viel mehr gesündigt! Ich bin selbst Motorradfahrer und werde in nächstem Jahre auch Erfahrung. Haben Sie schon einmal beobachtet, wie Kraftfahrer u. v. m. mitten auf dem Fahrdamm haltend auf der rechten Seite ihrer Fahrtrichtung stehen und wenden oder in andere Straßen einbiegen ohne auf entgegenkommende Fahrzeuge zu achten? Was in solchen Fällen meistens auch durch die Geschäftigkeit des einen der Fahrer ein Zusammenstoß vermeiden ist, ist der Fußgänger, der plötzlich solche Gefahr gerät, zum mindesten sehr gefährdet. Und was suchen denn die einzelnen Leute und Gruppen von Fußgängern immer mitten auf den Straßen und hüpfen sich durch nichts bewegen, den Fahrdamm rasch zu überqueren und für den Fahrer wieder freizugeben? Jeder Fahrende wird von ihnen als persönlicher Feind angesehen und angepöbeln und beschimpft. Aus dem Wege zu gehen, wäre doch ein so einfacher! — Was ist über Kraftwerke und Fußgänger gesagt, gilt selber in anderer Beziehung auch in besonderer Weise für die Kraftwagenpolizei, welche auf gute Straßenschilder überhaupt nicht achtet. Sie beobachten das Gegenteil! Dann beobachten Sie in verstreuten Stunden einen beliebigen Straßenschilder — z. B. den Wintertagesposten oder der Ueberweg-Wartplatz-Straßenschilder — und prüfen Sie die Ueberwegung z. B. der Bestimmung, daß an dastenden Elektrischen nicht rechts oder links vorbeifahren werden darf. Da wird hier in Karlsruhe richtungslos drauf los gefahren und zwar nicht nur von Kraftfahrzeugen, sondern auch von Kavalariern und Fußreitern, und die Polizei steht dabei und sieht zu, wie denn die genannte Bestimmung nicht erfüllt wird. Ja, noch mehr! Nicht nur, daß die Polizei nicht auf die allgemeine Verkehrsordnung achtet, verfährt sie sogar selbst dagegen! Beweist:

Dieser Tage stohle ich rechts von einer dastenden Elektrischen an der West- und wurde dann von dem diensttuenden Schuttmann, der auf mich zu kam, angefahren, warum ich nicht links vorbeifahre! Räte ich zu sein, dann wäre ich ein paar Sekunden früher unter einen. Links hinter der Elektrischen vornehmenden Fuß gefahren. Infolge meiner darauf an dem Schuttmann gerichteten „Anfrage“ wäre ich beinahe noch einer Beamtenbeleidigung schuldig geworden!

Zum Schluß meiner Ausführungen stelle ich im Interesse der Allgemeinheit folgende Forderungen:

Die Polizei muß:

- gegen zu rasches und unvorsichtiges Fahren von Kraftfahrzeugen im Stadtgebiet unmissverständlich vorgehen;
- Fußgänger, die den Fahrdamm betreten, unbedingt zurückweisen;
- Fußgänger jeder Art — Fußwerke und Handwagen, diese ganz besonders — von Einbauten der rechten Straßenseite abwenden;
- und hauptsächlich an Straßenkreuzungen und Wendepunkten im Rahmen der allgemeinen Verkehrsregeln und Verkehrsregeln kennen muß — auf oberirdische Straßenschilder beim Vorüberfahren und Wenden achten und Befehle unbedingt der Verkehrsregeln zu befolgen.

IV B. 8205.

Ausgabe aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 5. März: Eduard Schur, Chem., 54 Jahre alt, Fabrik-Direktor; Fritz Stillerlin, Chem., 54 Jahre alt, Verw.-Inspektor. — 6. März: Anna Maria Bender, 37 Jahre alt, Ehefrau von Jo. Bender, Landwirt; Maria Widder, 77 Jahre alt, Witwe von Leonhard Widder, Weber; Sildehard Baumann, 13 Jahre alt, Vater Doktor Baumann, Eisen.-Ma.; Karl Nagel, Chem., 24 Jahre alt, Bahnarbeiter. — 7. März: Karl Roth, Chem., 61 Jahre alt, Weserehändler; Salomon Gahn, Chem., 70 Jahre alt, Kaufmann.

Wasserstand des Rheins:

Schutterinsel, 8. März, morg. 6 Uhr, 68 Zentimeter (gef. 7 Ztm.).
 Rehl, 8. März, morg. 6 Uhr, 197 Zentimeter (gef. 1 Ztm.).
 Magau, 8. März, morg. 6 Uhr, 371 Zentimeter.
 Mannheim, 8. März, morg. 6 Uhr, 296 Zentimeter (gef. 6 Ztm.).



Waldorf-Astoria

PREISE AB 1. MÄRZ:

HOCKEY	3 [⁄] ₈	BLAU PUNKT	8 [⁄] ₈
CAIRO GOLD	4 [⁄] ₈	WALDORF-ROSE	10 [⁄] ₈
CLIO KORK	4 [⁄] ₈	WHITE HOUSE	12 [⁄] ₈
CHICAGO KORK	5 [⁄] ₈	EPSOM	12 [⁄] ₈
OBERST	5 [⁄] ₈	WALDORF-PERLE	15 [⁄] ₈
BRIDGE	6 [⁄] ₈	Waldorf-EXTRA	20 [⁄] ₈
BUFFALO LIFE	8 [⁄] ₈	CENTRAL PARK	20 [⁄] ₈

ALUSCHIE

